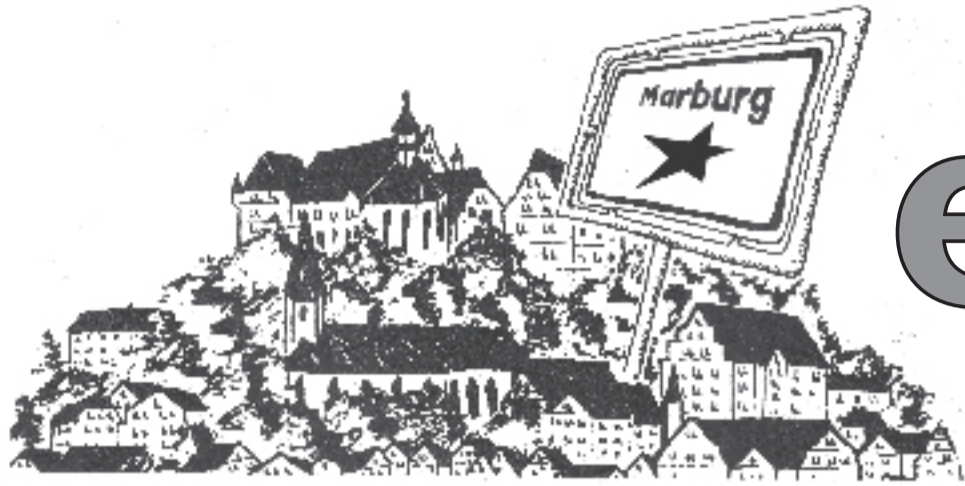


marburger echo



Zeitung der DKP Marburg

Februar 2011

DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI

#16

Die Hessen-Bremse

Eine „Schuldenbremse“ wurde ins Grundgesetz geschrieben.

Am 27. März 2011 ist Kommunalwahl in Hessen. Die Umfragewerte für CDU und FDP sind miserabel. Vor einiger Zeit aber meinte die Union ein „Gewinnerthema“ gefunden zu ha-ben. So jedenfalls sieht es der Vorsitzende ihrer Landtagsfraktion, Christean Wagner. Das Thema ist die so genannte Schuldenbremse. Was hat es damit auf sich?

Nach dem Rücktritt von Oskar Lafontaine 1999 bekam Deutschland den schlechtesten Finanzminister, den es seit 1945 je hatte: Hans Eichel. Zusammen mit der damaligen rotgrünen Koalition setzte er eine massive Steuer-senkung für die Besserverdienenden durch. Sie riss Löcher in den Staatshaushalt. Durch die Freistellung von Gewinnen, die beim Verkauf von Aktien anfielen, wurde das Zocken angeheizt. Die Superspekulation führte 2007/2008 zur Bankenkrise. Um die angeschlagenen Geldhäuser zu retten und den nachfolgenden Konjunkturreinbruch zu dämpfen, spannte die Berliner Regierung einen „Rettungsschirm“ auf, und Bund und Länder beschlossen

Konjunkturprogramme. Letztere waren sogar sinnvoll, aber teuer. Die Öffentlichen Hände mussten sich weiter verschulden.

Hätte es eine Alternative gegeben? Ja.

Wer mehr ausgeben muss und sich nicht verschulden will, sollte sich um zusätzliche Einnahmen bemühen. Die Bundesregierung hat das Gegenteil getan. Durch ihr Besserdienenden-Selbstbedienungs-gesetz von 2009 (genannt „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“) hat sie den Reichen weitere Steuergeschenke gemacht.

Schwarzgelb setzte also eine falsche Politik fort, die schon Rotgrün begonnen hatte. Würden heute noch die Steuergesetze von 1998 gelten, dann hätte der Bund im Jahr 2010 dreißig Milliarden Euro mehr in der Kasse gehabt.

Das darf aber nicht sein. Die Reichen sollen ungeschoren bleiben. Deshalb muss bei den Armen gespart werden. Eine „Schuldenbremse“ wurde ins Grundgesetz geschrieben. Es sieht vor, dass die Kreditaufnahme von Jahr zu Jahr zurückgefahren wird, bis

2020 die Öffentlichen Hände überhaupt kein Geld mehr leihen müssen. So lange müssen jährliche Ausgabenkürzungen vorgenommen werden – zu Lasten der Armen.

Für 2011 hat die schwarzgelbe Koalition in Berlin schon einmal kräftig hingelangt: Obwohl das Bundesverfassungsgericht die bisherigen Regelsätze für das Arbeitslosengeld II für grundgesetzwidrig erklärt hatte, wurden diese nur um jämmerliche fünf Euro erhöht. Das wird neuen Ärger mit Karlsruhe geben.

Die Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung für die Bezieher(innen) von Arbeitslosengeld II wurde ebenso gestrichen wie das Elterngeld für die Hartz IV-Opfer und das Übergangsgeld beim Wechsel vom Arbeitslosengeld I zum Arbeitslosengeld II. Die Sätze für arbeitslose Behinderte werden auf 80 % des bisherigen Betrages gesenkt.

Diese Grausamkeiten haben der Koalition aus CDU und FDP in Wiesbaden so gut gefallen, dass sie die Schuldenbremse auch in die hessische Verfassung hi-

neinschreiben wollen. Das geht nur per Volksabstimmung, die gleichzeitig mit der Kommunalwahl stattfinden soll. SPD und Grüne, blöd wie sie sind, machen mit.

Wir aber rufen die Wählerinnen und Wähler auf, am 27. März 2011 der ganz großen Superkoalition der Reichen-Bereicherer und Arme-Leute-Verarmer einen Strich durch die Rechnung zu machen und mit NEIN! zu stimmen.

Georg Fülberth

Kommunalwahl

27. März 2011

Marburger Linke wählen.

DKP

www.marburger-echo.de

Marburger Linke schreckt Marburger SPD auf

Reichlich getroffen fühlen sich der Oberbürgermeister, der Fraktions- und der Parteivorsitzende der Marburger SPD beim Thema Stadtwerke, wenn man den Presseverlautbarungen glauben will.

Warum eigentlich?

Was steckt dahinter? Ist es schon das Pfeifen im Wald? Was war geschehen?

Die Marburger Linke erlaubt sich doch die Unverfrorenheit, eine andere Politik – insbesondere von SPD und Grünen, die tragen nun mal zur Zeit die Verantwortung – einzufordern.

Was ist populistisch und demagogisch, wenn man für die Beschäftigten eine bessere Bezahlung einfordert und die entsprechende Geldquelle, nämlich die Anhebung der Gewerbesteuer von 370 auf 430 Prozent, aufführt?

Was ist demagogisch und populistisch, wenn man erst mehr Transparenz bei der Strompreisgestaltung fordert, damit dann entschieden werden kann, ob eine Erhöhung erforderlich ist?

Die Marburger Linke und erst recht die DKP wissen sehr wohl, dass Gewinne gemacht werden müssen, um Verluste in anderen Bereichen auszugleichen. Wir wissen auch, dass u. a. das jährliche Defizit des ÖPNV damit gedeckt wird.

Aber es kommt eben darauf an, was man noch damit macht. Man kann Überschüsse in marode Parkhäuser und ein defizitäres Tagungs- und Technologiezentrum (TTZ) stecken oder aber in höhere Löhne und einen besseren Zustand der Fahrzeuge des ÖPNV.

Die Marburger Linke will schon gar nicht Arbeitsplätze gefährden. Die finanziellen Ressourcen

der Kommunen und ihrer Betriebe sind der verheerenden Politik der bürgerlichen Parteien geschuldet. Die Marburger SPD und Grünen haben ihren gebührenden Anteil daran. Von CDU und FDP ganz zu schweigen.

Müssten die maroden Parkhäuser und die Verluste des TTZ nicht aus den Gewinnen der Stadtwerke beglichen werden, sähe die Lage schon anders aus. Dann hätte man nicht, wie vor Jahren geschehen, die Gewerbesteuer senken können.

Es mag ein Nullsummenspiel sein, wie der OB zutreffend bemerkt. Aber es kommt darauf an, wer bezahlt. Ob die Hauptlast durch eine Gewerbesteueranhebung durch die vier großen Gewerbesteuerzahler getragen wird oder ob die Arbeitnehmer bei MEG und MVG sowie die Masse der Kunden der Stadt-

werke wie bisher die Folgen einer zu niedrig angesetzten Gewerbesteuer ausbaden müssen. Die vier großen Steuerzahler werden wohl deshalb nicht abwandern, wenn sie künftig eine angemessen höhere Gewerbesteuer zahlen müssen.

Ein Wettbewerb durch Lohnsenkung liegt jedenfalls nicht in Arbeitnehmerintresse ebenso wenig wie die jährliche Strompreiserhöhung.

Die DKP kann deshalb der Marburger Linken nur beipflichten, wenn diese einerseits eine Erhöhung der Gewerbesteuer fordert und andererseits eine Aussetzung der Erhöhung der Strompreise fordert, bis klar ist, ob diese gerechtfertigt ist.

Frank Peter Böcher

IMPRESSUM

Herausgeber:

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Marburg & Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) Marburg

www.marburger-echo.de
info@dkp-marburg.de

Auflage: 1.000

nächste Ausgabe: März 2011

Mitgliederversammlung DKP jeden ersten Dienstag im Monat, 20 Uhr, Ort auf Anfrage.

Kontakt:

info@dkp-marburg.de

Im Übrigen...*

von Herwig Selzer

...ist der Kapitalismus auch nicht mehr der, der er mal war! Was strotzten die Fans des Kapitalismus nach dem schon fast peinlich anmutenden rasanten Untergang des real existierenden Sozialismus vor Selbstbewusstsein: Doch noch Endsieg - ein bisschen anders wie geplant, aber dennoch ganz okay. Für viele war und ist der Kapitalismus das Endstadium menschlicher Entwicklung. Wäre diese Überzeugung eine hundertprozentige, eine, die wie eins und eins zusammengezählt zwei ergibt, wären die von den Medien inszenierten antikommunistischen Wahn-Wochen nach einem Artikel von Gesine Löttsch (Vorsitzende der Partei Die Linke) in der Tageszeitung Junge Welt vom 3. Januar mangels inhaltlicher Relevanz sicherlich ausgefallen. Spätestens die gigantische Weltwirtschaftskrise mit ihren bleibenden Folgen hat diese Überzeugung wieder zu dem werden lassen, was sie schon immer war: zu einem Wunsch, der von der Wirklichkeit im Ernstfall ausgelacht wird. Ohne Frau Löttsch oder anderen, tatsächlich kommunistisch denkenden Menschen zu nahe zu treten: Sie sind es nicht, die die Redakteure bei Zeitungen wie Der Spiegel oder Frankfurter Rundschau scheinbar halb verrückt machen im Kopf. Es ist die Sorge, die berechtigte Angst, Menschen könnten in immer größerer Zahl, weil vom Herrschaftssystem komplett desillusioniert und aus der Kurve geschmissen, ernsthaft nach Alternativen suchen und die letzten beiden Sätze des Manifest der Kommunistischen Partei von 1848 in geschichtliche Wahrheit verwandeln: „Sie (die Bourgeoisie) produziert vor allem ihren eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich.“



*Im Übrigen bin ich der Meinung, daß dieser Staat zerstört werden muß.
(Rosa Luxemburg)

DKP

ECHO VON LINKS



Gastkommentar von Roland Winkler
(DKP Karlsruhe)

Ein Gespenst geht um...

KIRCHTURMPOLITIK

Teurer Geiz

Ein städtischer Beamter hat in die Beihilfekasse für die Beamten gegriffen und ca. 1,5 Millionen Euro veruntreut. Wie konnte das geschehen?

Bei Beihilfe-Zahlungen gilt das Vieraugen-Prinzip: sie müssen durch einen zweiten Beamten gegengezeichnet werden. Das ist auch geschehen, aber der zweite Mann hat nur unterschrieben, nicht geprüft.

Wahrscheinlich war er überlastet, hatte viele andere Dinge zu tun und erledigte die Gegenzeichnung notgedrungen mit der linken Hand.

Der Personalrat hat erklärt, eine lückenlose Überprüfung werde nicht möglich sein. Damit hat er Recht, solange im Rathaus so geknauert wird wie seit Jahren. Oberbürgermeister Vaupel ist stolz darauf, dass er mit wenig Personal auskommt. Das muss er sogar, denn er hat 2008 die Gewerbesteuer von 430 auf 370 Punkte gesenkt. Allein im letzten Jahr hat die Stadt dadurch etwa fünf Millionen verloren – das ist weit mehr, als ein noch so fleißiger Langfinger in zehn Jahren auf die Seite schaffen kann.

Geiz kann ganz schön teuer sein.
Tanja Bauder

Kommunismus sollte lieber als Begriff vermieden werden, Oder? Im Jahre 173 nach Veröffentlichung des Kommunistischen Manifestes, fast genau auf die Januartage 1848, vermag es allein der Begriff „Kommunismus“ einen hysterischen, wutschnaubenden Aufschrei der herrschenden Medien samt aller Vertreter und Lakaien des Kapitals auszulösen. Im Jahre 22 nach Verkündung „Marx ist tot – Jesus lebt“, da führt allein eine äußerst vage Wortbildung „Kommunismus“, zu einem politisch-ideologischen Beben und Tiraden von Hass und Verleumdung.

„Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.“ Ersetzen wir die Personen mit den aktuellen Namen der heutigen Herrscher, Lakaien und Büttel, dann sind wir mit diesem Satz unserer zwei Alten,

aktueller denn je.

Schon in seiner Vorrede zur Deutschen Ausgabe dem Kommunistischen Manifest am 24. Juni 1872 bemerken Marx und Engels: „Wie sehr sich auch die Verhältnisse in den letzten fünf und zwanzig Jahren geändert haben, die in diesem Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze behalten im ganzen und großen noch heute ihre voll Richtigkeit.“ Am 21. Januar 1882 schreiben sie zur Russischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests: „Das Kommunistische Manifest hatte zur Aufgabe, die unvermeidlich bevorstehende Auflösung des modernen bürgerlichen Eigentums zu proklamieren“ Haben wir heute ganz anderes dazu zu bemerken? Nicht der Kommunismus-Begriff erschreckt die Herrschenden in Mark und Knochen, wohl aber die „Auflösung“ ihres „bürgerlichen Eigentums“. Es sind nicht die „Opfer des Kommunismus“, die in hunderten Millionen „errechnet“ wurden, die vierfach höher als die Opfer des

Faschismus gezählt werden und die Frau Lengsfeld auf ihrem Schild die Rosa-Luxemburg-Konferenz begleitend in die gierigen Kameras hält.

Kommunismus – das rührt an den Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen! Alle fünf Sekunden stirbt auf der Welt heute ein Kind an Hunger, Jan Ziegler nannte es Mord und die Verantwortung dafür tragen, vor allem was wir Kapitalismus nennen. Über Kapitalismus muss geredet werden und den Kommunismusbegriff müssen wir uns von keinem nehmen lassen, vor keinem verschweigen im Wissen darum, wie schwer und langwierig der Weg dahin ist. Kommunisten haben immer gewusst und wissen es seit 1989 noch besser – der Kommunismus ist das Einfache, das schwer zu machen ist. Überzeugen werden uns auch heute die „Grundsätze des Kommunismus“, die Engels uns hinterlassen hat als Vorarbeit zum Kommunistischen Manifest.

Roland Winkler

AUSGEFRAGT



Im Gespräch mit
Tanja Bauder-Wöhr*

Tanja, Du kandidierst am 27. März dieses Jahres erstmals auf der Liste der „Marburger Linken“ für die Marburger Stadtverordnetenversammlung. Wie kamst Du zur Kommunalpolitik? Wo warst Du vorher bereits politisch aktiv?

Ich bin zum Studieren nach Marburg gekommen. Aufgewachsen und politisch geprägt wurde ich in der schwäbischen Industriestadt Heidenheim. Aus einem linken Elternhaus stammend war ich früh den Angriffen von Nazis ausgesetzt. Im Alter von 15 Jahren wurde ich zum ersten Mal von Nazis überfallen. Daraufhin habe ich mich politisch organisiert. Ich habe in Heidenheim eine Gruppe der „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) wieder gegründet. Mit der SDAJ zog ich in den neu gegründeten Jugendgemeinderat der Stadt Heidenheim ein und wurde dessen Sprecherin.

Zurück auf die Straße.

Tanja Bauder-Wöhr ist Mitglied der DKP Marburg und kandidiert bei den Kommunalwahlen am 27. März auf Listenplatz 2 der Marburger Linke zum Stadtparlament.

Wie bist Du zur „Marburger Linken“ gekommen?

In Marburg angekommen bin ich als Mitglied der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) in der hiesigen Ortsgruppe aktiv geworden. Da die DKP hier in Marburg auf kommunaler Ebene gemeinsam mit der Partei „Die Linke“ im Bündnis „Marburger Linke“ für eine soziale Stadt kämpft, war der Weg nicht weit...

Was gefällt Dir an Marburg?

In Marburg wird kulturell einiges geboten: Theater, Kino, Lesungen... – auch für Kinder ist da etwas dabei. Einrichtungen, wie KFZ, Trauma und Waggonhalle sind sicherlich ganz wichtig hierfür und müssen verstärkt unterstützt werden.

Was möchtest Du in Marburg ändern?

Marburg ist eine reiche Stadt. Das Geld muss ihren Menschen zugute kommen. Ich fordere daher die Schaffung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs. Das nutzt den Menschen und der Umwelt. Außerdem kann es natürlich nicht sein, dass in städtischen Betrieben Menschen mit miserablen Löhnen abgespeist werden. Besonders wichtig ist eine

bereits alte Gewerkschaftsforderung: „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ - getreu diesem Motte finde ich es entscheidend zu prüfen, wie hier vor allem in diesem Hinblick in den kommunalen Betrieben verfahren wird, gerade bei Neueinstellungen. Die Stadt Marburg ist bekanntlich in vielem „Spitze“, also kann sie auch Vorreiter auf dem Arbeitsmarkt sein und alles Notwendige gegen prekäre Arbeitsverhältnisse tun. Wenn man gut betreute Kindertagesstätten will, dann muss neben der Einrichtung, vor allem auch das Personal „Spitze“ sein und eben auch deren Gehälter, denn das sind uns unsere Kinder doch mindestens Wert!

Mit aller Entschiedenheit wehre ich mich gegen das neue „Zwangsarbeitermodell“ Bürgerarbeit, an dem auch der Landkreis Marburg-Biedenkopf beteiligt ist. Das schafft keine neuen Arbeitsplätze, bringt die Beschäftigten auseinander, wird dem weiteren Lohndumping in die Hände spielen und den Druck auf die Beschäftigten nur mehr erhöhen. Also kann die Lösung nicht sein, mehr prekäre Arbeitsplätze zu schaffen sein, sondern reguläre Arbeitsverhältnisse zu schaffen!

Schließlich möchte ich kein Bonzenviertel in der Marburger Nordstadt! Ich fordere: bezahlbaren Wohnraum für alle! Hier muss natürlich erst mal Wohnraum geschaffen werden – erst recht in Anbetracht des zu erwartenden Anstiegs an Studierenden.



Uz - Sozialistische
Wochezeitung der DKP

Uz Woche für Woche
antikapitalistisch!

Jetzt 10 Wochen testen!

- Bitte schicken Sie mir die Wochezeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.
- An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo. (bzw. mit einer Spende in Höhe von.....Euro.)

Name _____
Vorname _____
Telefon _____ Alter _____
Straße _____
PLZ / Ort _____

CoramPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen
Fax: 0201-24 86 414 • www.unsere-zeit.de

Nachtrag-Politik

Seit Jahren stellt die Marburger Linke den Antrag, dass die Leistungen für den Stadtpass verbessert werden. Und ebenso regelmäßig lehnt die rotgrüne Koalition das ab.

Plötzlich, kurz vor der Wahl, beantragen SPD und Grüne, dass die Einkommensgrenzen des berechtigten Personenkreises von dem derzeit 1,5fachen Regelsatz auf den 2-fachen Regelsatz erhöht werden, der Zuschuss für den ÖPNV von derzeit 9 € pro Monatskarte bei Erwachsenen auf 13 € und von 7 € pro Monatskarte bei Schülerinnen und Schülern auf 11 € erhöht werden. Neben den kostenlosen Deutsch- und Alphabetisierungskursen soll ein weiterer Kurs bei der VHS oder der Familienbildungsstätte mit 80 % bezuschusst werden.

CDU, FDP und Marburger Bürgerliste schreiben: Das sei Wahlkampf. Richtig: SPD und Grüne machen Wahlkampf für die Marburger Linke. Die Marburger Linke hat 2008 einen Antrag zur Vertunnelung der Stadtautobahn gestellt. Rotgrün lehnte ab. Jetzt geht OB Vaupel mit dieser Idee hausieren.

Es fällt ihnen nichts mehr ein.
Tanja Bauder

Wir schicken Ihnen das **Marburger Echo** gerne regelmäßig und kostenlos zu, per Post oder E-Mail.
Kontakt: siehe Impressum

Spenden für das Echo
E. Beltz, Kto.-Nr.: 193070,
Sparkasse Gießen
(BLZ: 51350025),
bitte Verwendungszweck
angeben: **Marburger Echo**

Wie willst Du das erreichen?

Sicherlich sind das Ziele, die man nicht ausschließlich auf kommunaler Ebene erreichen kann, aber hier sind Anfänge möglich. Vor Ort kann man sich gemeinsam einbringen, kann mitgestalten und weiterentwickeln. Es gibt in Marburg viele aktive Menschen, Gruppierungen und Initiativen, die gestalterische Ideen haben, sich einbringen und ihre Anliegen auch an die städtischen Gremien herantragen, und wenn hinter einer Sache nicht nur ein, zwei Gesichter stehen, sondern eine Bewegung erkennbar wird, dann kann man fast immer etwas bewirken und erreichen. Ein Kampf um gesellschaftliche Veränderungen ist immer lohnenswert – auch im Kleinen!

Du kandidierst auf dem zweiten Listenplatz. Ist das nicht ungewöhnlich – als DKPistin auf einer Liste der „Marburger Linken“?

Die „Marburger Linke“ ist ein parteienübergreifendes Wahlbündnis. Im Bündnis „Marburger Linke“ sind vor allem die Partei „Die Linke“ und die DKP aktiv. Diese beiden Parteien arbeiten im Rahmen dieses Wahlbündnisses bereits seit mehreren Jahren erfolgreich zusammen. Georg Fülberth ist in der ausgehenden Legislaturperiode als Mitglied der DKP sogar Fraktionsvorsitzender der Fraktion „Marburger Linke“ in der Marburger Stadtverordnetenversammlung. Eine DKPistin auf einem vorderen Listenplatz ist also sicherlich nicht ungewöhnlich.